



**SPD**

*BESCHLUSSBUCH DES*  
**PARTEIKONVENTS 2014**

**AM 20. SEPTEMBER 2014**

*WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN*

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
Inhaltsverzeichnis	2
I. Übersicht der angenommenen und überwiesenen Anträge	3 - 4
II. Angenommene und überwiesene Anträge	5 - 33
Digitale Gesellschaft <b>DiGe</b>	5 - 7
Demokratie <b>Dem</b>	7 - 9
Themenübergreifende Anträge <b>ThA</b>	9 - 33
III. Weitere Anträge	33

## Impressum

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, Abteilung Partei  
Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

# I. Tabellarische Übersicht der angenommen und überwiesenen Anträge

(Die angenommenen Anträge sind fett gedruckt)

	<b>Antragstellende</b>	<b>Überschrift</b>	<b>Beschluss</b>	<b>Seite/n</b>
<b>DiGe1</b>	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Netzneutralität bewahren	(Überwiesen an Programmbeirat Digitale Gesellschaft und Bundesparteitag 2015)	5
<b>DiGe2</b>	<i>Ortsverein Butjadingen (Bezirk Weser-Ems)</i>	NSA-Affäre: Schutz unserer Rechte und der Verfassung	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	5
<b>DiGe3</b>	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozial- demokratischer Frauen</i>	Maßnahmen für einen digitalen Grundrechtsschutz	(Überwiesen an Programmbeirat Digitale Gesellschaft und Bundesparteitag 2015)	6
<b>IA 2</b>	<b>Partei Vorstand</b>	<b>Resolution anlässlich der Friedlichen Revolution und des Wiedererstehens der Sozialdemokratischen Partei in der damaligen DDR vor 25 Jahren</b>	<b>(Angenommen)</b>	<b>7</b>
<b>ThA1</b>	<b>Unterbezirk Hildesheim (Bezirk Hannover)</b>	<b>Handlungsbedarf bei Stromschulden</b>	<b>(Angenommen)</b>	<b>9</b>
<b>ThA2</b>	<i>Kreisverband Karlsruhe Stadt (Landesverband Baden-Württemberg)</i>	Energiewende nicht in Gefahr bringen – Für eine Nachbesserung der EEG-Novelle	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	9
<b>ThA3</b>	<i>Unterbezirk Ebersberg (Landesverband Bayern)</i>	Weiterentwicklung des EEG V 2.1	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	10
<b>ThA4</b>	<i>Bezirk Hessen-Nord</i>	Erdgasfracking	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	12
<b>ThA5</b>	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozial- demokratischer Frauen</i>	Risiken von Fracking machen vor Grenzen keinen Halt	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	12
<b>ThA6</b>	<i>Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)</i>	Die kommunale Selbstverwaltung stärken bei Konzessionsvergabeverfahren	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	13
<b>ThA7</b>	<i>Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)</i>	Reformvorschlag CO2- Zertifikatehandel: Wiederherstellung der Steuerungswirkung	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	13
<b>ThA8</b>	<i>Ortsverein Schnelsen (Landesorganisation Hamburg)</i>	Wind und Photovoltaik flankieren durch flexiblere Erzeugung und flexibleren Verbrauch	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	14

ThA9	<i>Themenforum Verbraucherpolitik</i>	Digitale Datenbank Verbraucherforschung errichten	(Angenommen)	14
ThA10	<i>Themenforum Verbraucherpolitik</i>	Verbesserte Auskunftsrechte von Verbrauchern	(Angenommen)	14
ThA11	<i>Themenforum Verbraucherpolitik</i>	Kinder schützen - Werbung beschränken	(Angenommen)	15
ThA12	<i>Landesverband Baden-Württemberg</i>	Schulverpflegung verbessern – Qualitätsstandards verpflichtend machen	(Angenommen)	16
ThA13	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Freihandel mit Augenmaß – Verhandlungen über TTIP aussetzen	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	17
ThA14	<i>Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	20
ThA15	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i>	Freihandel um jeden Preis? - Nicht mit uns!	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	20
ThA16	<i>Ortsverein Schäftlarn (Landesverband Bayern)</i>	TTIP und Ceta	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	21
ThA17	<i>Ortsverein Borken (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Unsere Erwartungen an die transatlantischen Freihandelsgespräche	(Angenommen)	22
ThA18	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Keine Ausnahmen vom Mindestlohn – auch nicht für Jüngere!	(Überwiesen an SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion)	26
ThA21	<i>Landesorganisation Bremen</i>	Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen – neue Wege in der Arbeitsförderungs politik gehen	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion und SPD- Parteivorstand)	26
ThA25	<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	Für eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	28
IA 1	<i>Parteivorstand</i>	Verantwortungsvolle Friedenspolitik in einer Zeit neuer Herausforderungen	(Angenommen)	29
IA 3	<i>Landesverband Baden- Württemberg / Landesverband Berlin</i>	CETA: Nachverhandlungen über Investorenschutz, regulatorische Zusammenarbeit und ILO- Kernarbeitsnormen	(Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD- Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)	32
IA 4	<i>Arbeitsgemeinschaft für Bildung</i>	Mehreinnahmen in Bildung investieren!	(Überwiesen an SPD- Bundestagsfraktion)	32

**ThA 14** (Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)

*Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

### **Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP**

Der Parteikonvent fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich für eine Veröffentlichung der Verhandlungsgegenstände des Freihandelsabkommen TTIP, welches zurzeit zwischen Vertretern der EU-Kommission und der USA verhandelt wird, zu sorgen. Alle Einzelinhalte sind einer dezidierten Folgenabschätzung sowie einer breiten gesellschaftlichen Diskussion zu unterziehen.

5 Im Unterschied zur allgemeinen Wahrnehmung, geht es nicht nur darum Zölle zwischen den beteiligten Staaten aufzuheben. Die Verhandlungen sind im Zweifel über mögliche schädliche Auswirkungen auf Umwelt, Verbraucher, Sozialstandards und die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt unverzüglich zu unterbrechen. Diese neoliberale Deregulierung unterstützen wir nicht.

10 Insbesondere müssen in den Verhandlungsergebnissen folgende Punkte sichergestellt werden:

1. Die Errungenschaften in der Europäischen Union im Bereich der Arbeitsschutz-, Kultur-, Sozial-, Umwelt-, Lebensmittel-, Gesundheits- und Datenschutzstandards sowie der Bürger- und Verbraucherrechte erhalten bleiben. Dazu gehört auch das deutsche Chemikaliengesetz (bzw. die entsprechende EU-Richtlinie). In den Verhandlungen soll darauf hingewirkt werden, weitere Verbesserungen für die Partner in diesem Bereich zu ermöglichen. Es sollte der jeweils höherwertige Standard des Partnerlandes übernommen bzw. anerkannt werden. Das Vorsorgeprinzip darf nicht abgeschwächt werden.

15 2. Die Verhandlungsergebnisse dürfen auch kein Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.

20 3. In Europa bisher nicht zugelassene Produkte mit entsprechenden Importverboten, sollen auch weiterhin nicht zugelassen werden. Dies betrifft vor allem Produkte, die nicht der EU-Kennzeichnungsrichtlinie entsprechen, GVO-Produkte (Produkte, die aus gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder daraus hergestellt werden), Tiere, die mit Wachstumshormonen behandelt wurden und das in den Verkehr bringen von Lebensmitteln von geklonten Tieren. Gleiches gilt für Lebensmittel, die mit Substanzen behandelt wurden, die in der Europäischen Union verboten sind.

25 4. Weiterhin muss geklärt sein, dass das bereits erreichte hohe Niveau des Rechtsschutzes in Europa berücksichtigt wird und die Gesetzgebungskompetenz souveräner Staaten nicht ausgehebelt wird. Daher lehnen wir die im TTIP vorgesehenen Schiedsgerichte ab, da diese undemokratisch sind und das nationale und europäische Gerichtswesen aushebeln. Rechtlich gesicherte Freiheiten im Internet dürfen nicht eingeschränkt werden.

30 5. Wir wollen eine Veröffentlichung der Verhandlungsmandate sowie eine transparente Verhandlungsführung. Es müssen Vertreter/innen der Zivilgesellschaft wie Gewerkschaften, Verbraucherorganisationen, Sozial- und Umweltorganisationen in den Verhandlungen angehört werden.

**ThA 15** (Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)

*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*

### **Freihandel um jeden Preis? - Nicht mit uns!**

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die derzeit zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird, ist von enormer politischer Tragweite. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise in großen Teilen Europas ist es richtig, Instrumente

5 zur Schaffung von Investitionen und Arbeitsplätzen zu prüfen. Europa braucht Handel und  
Investitionen. Allerdings nicht um jeden Preis. Ein Abkommen mit den USA muss gute Arbeit  
schaffen – auf beiden Seiten des Atlantiks. Es muss Antworten auf Kernfragen der Weltwirtschaft,  
wie die Regulierung der globalen Finanzmärkte, geben. Ein Freihandelsabkommen darf unter  
keinen Umständen dazu führen, dass europäische Standards im Arbeits- oder Umweltrecht, beim  
10 Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt werden oder Investoren vor internationalen  
Schiedsstellen europäische Rechtsstaaten aushebeln können.

Dazu wäre es notwendig, die Verhandlungsgrundlagen und die Verhandlungsziele klarer zu  
definieren. Verhandlungen sollten als Chance begriffen werden, die sozialen Standards im  
internationalen Handel zu erhöhen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Verhandlungen ruhen zu  
15 lassen und in einem transparenten Prozess an einer Neuformulierung der Verhandlungsziele bzw.  
Verhandlungsgrundlagen zu arbeiten.

Aufgrund möglicher weitreichender Konsequenzen von TTIP sind die bisherige Geheimhaltung  
und der Mangel an Transparenz in den Verhandlungen inakzeptabel. Die SPD-Forderung nach  
20 Veröffentlichung grundlegender Verhandlungsdokumente und einer besseren Information und  
Konsultation der Öffentlichkeit ist deshalb zu unterstützen. Von sozialdemokratischen  
Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in den verantwortlichen Funktionen verlangen  
wir, die weiteren Verhandlungen kritisch zu begleiten.

25 Wir fordern die Bundesregierung und die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, ein  
Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA auf jeden Fall dann abzulehnen, wenn durch  
dieses  
-hart erkämpfte Errungenschaften im Arbeitsrecht oder in der Sozialgesetzgebung gefährdet sind,  
-ein hohes Schutzniveau im Verbraucher- und Datenschutz sowie die Lebensmittelsicherheit und  
30 Erhalt der Tierschutzstandards in Europa nicht mehr gewährleistet sind,  
-der universelle Zugang zu Diensten der öffentlichen Daseinsvorsorge oder die europäische Vielfalt  
im Kulturbereich in Gefahr geraten,  
-die fortschrittliche europäische Gesetzgebung zum Schutz der Umwelt und des Klimas in Frage  
gestellt wird oder ein Vormarsch der grünen Gentechnik zu befürchten ist,  
35 -ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus aufgenommen wird, der es Investoren  
ermöglichen würde, Staaten vor Schiedsstellen auf Schadensersatz zu verklagen und damit  
Gesetzgebung entscheidend zu beeinflussen,  
oder  
-künftigen Generationen Handlungsspielräume bei der Gestaltung eines sozial gerechten und  
40 nachhaltigen Europas genommen werden.

**ThA 16** (Überwiesen an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Gruppe  
im EP unter Beachtung des Beschlusses ThA 17)  
*Ortsverein Schäftlarn (Landesverband Bayern)*

### **TTIP und Ceta**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Verhandlungen über das Transatlantische Handels- und  
Investitionsabkommen (TTIP) auf eine neue Basis gestellt werden. Sie sollen bis nach den  
Kongresswahlen in den USA unterbrochen werden.

5 Der Gegenstand der Verhandlungen soll neu umrissen werden. Nicht Gegenstand der  
Verhandlungen dürfen der Investitionsschutz, Lebensmittel, der gesamte Kulturbereich und  
Aufgaben der Daseinsvorsorge sein, die in Deutschland herkömmlich von den Städten und  
Gemeinden erfüllt werden. Für die nächste Verhandlungsrunde sollen die Gegenstände der